

# Der Reichstags-Wahlkampf im Kreise Essen

tritt in immer schärferen Formen in die Erscheinung, je näher wir dem Entscheidungstag, dem 25. Januar, kommen.

## politische Sumpfbüchse

der Reichsbettlerverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie hat sich mit seinen Schmutzstücken auch über unseren Wahlkreis geäußert, um die

## unglückliche Kandidatur

der nationalen Parteien mit ihrer Verleumdungsliteratur gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. Persönliche Verunglimpfung sozialdemokratischer Führer mit tausendmal widerlegten Unwahrheiten, Beschimpfung der Arbeiterorganisationen, Verbreitung gefälschter Tatsachen und andere Niederträchtigkeiten, die sich hier kaum alle aufzählen lassen, das sind die geistigen Waffen dieser

## politischen Reptile

die mit allen sogenannten nationalen Parteien kofettieren, um ihre Tarnkappen zu bemalen. Neben einigen minderwertigen politischen Bildhauern, in denen mit den Redefähigkeiten des Schindlers Bernhard Bolow — des deutschen Reiches gefürchteter Rongler — häusert wird, hat diese

## politische Banditengesellschaft

auch ein „Handbuch für nicht sozialdemokratische Reichstagswähler“ herausgegeben, mit dessen Inhalt die gefährlichen nationalen Vagabunden in den Versammlungen treiben gehen. Das von Anfang bis Ende mit den gemeinsten Mitteln arbeitende Subelwerk zu widerlegen, geht an dieser Stelle nicht an, hier jedoch einige Proben:

Ein bekannter sozialdemokratischer Offener Führer aus dem Bergarbeiterkreis namens Panst soll wegen Unterschlagung von Streikgeldern mit 9 Monat Gefängnis bestraft sein. In Offen kennt aber niemand einen Panst, der in Arbeiterkreisen gewirkt sei, es ist auch kein Panst bestraft worden.

Den „Vorwärts“-Redakteuren wird ein Gehalt von 7000 Mark jährlich unterworfen, trotzdem dieselben zum Teil nicht einmal die Hälfte beziehen.

Den freien Gewerkschaften wird sogar die Unterstützung für reißende Mittel oder als Hilfeunterstützung für die Agitationen angedreht.

Die Arbeitswilligen der Streiks werden vom Reichsbettlerverband belästigt. Es heißt darüber im Handbuch:

„Die Verurteilung der sozialdemokratischen Agitation, die Arbeitswilligkeit als eine soziale Schande zu bezeichnen, sind durchaus zurechtzuweisen.“

„Wenn dann Arbeiter, die diese Kämpfe unter Volks- und Berufsgeoffenen mitbilden, ihrer abweichenden Meinung (1) Ausdruck geben, indem sie sich der Arbeit womöglich in erhöhter Aufmerksamkeit zuwenden, so verdient dieser Mut einer eigenen Ueberzeugung lebhafteste Anerkennung.“

Ueber die Gewerkschaften und ihre Aufgaben gibt das Handbuch diese Auskunft im Vergleich zu den Staatsbeamten:

„Dabei sind die staatlichen Abgaben durchaus geringfügig, verglichen mit den riesigen Summen, welche die Sozialdemokratie von den Arbeitern erpreßt. Insbesondere die einzelnen Fachverbände schreyen ihre Mitglieder in außerordentlicher Weise.“

Dieser Unsinn gegen die moderne Arbeiterbewegung dürfte genügen, um zu zeigen, welcher Kampfesart diese

## Chrabatschneiderstypus

fähig ist. Den nationalen Parteien, die mit diesem „Material“ in den Versammlungen sich sprechen, soll man mit dem Sprichwort dienen:

Sage mir, mit wem du umgehst,  
und ich will dir sagen, wer du bist.

## Eine Sonderkandidatur

hat diesmal die treifinnige Partei aufgestellt, trotzdem dieselbe doch nur Kandidatur sein kann, genau so gut wie die nationale Kandidatur. Im Essener Wahlkreis lautet die Kampfpapier so doch nur

## rot oder schwarz

weshalb da noch aussichtslos Sonderkandidaturen? Die denkenden Wähler sind sich der Zwecklosigkeit der übrigen Kandidaturen auch bewußt und handeln schon gleich in der Hauptwahl demgemäß, um den Zentrumsbemagungen zu zeigen, daß auch im Essener Kreise die Zeit vorbei ist für das

## Zentrumsgaukelspiel.

Das Sündenregister des Zentrums ist so angefüllt, daß kein aufgeregter Wähler dem Zentrum nach Verursachung leisten kann. Das Zentrum stimmte:

## bei der Steuerreform

gegen den Antrag der Sozialdemokratie auf Einführung einer Vermögenssteuer und verschuldet die Beibehaltung der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, der die Schuldverschuldung anhaftet,

gegen den sozialdemokratischen Antrag, die Steuerfreiheit des Königs und der Königin aufzuheben,

gegen den Antrag, auch den Arbeitern den Abzug von Beiträgen zu freiwilligen Versicherungen zu gestatten,

gegen die Freilassung der Weihnachtsgeschenke, Neujahresgeschenke, Fingerringe und sonstiger Gratifikationen von der Einkommensteuer,

gegen den Antrag, das steuerfreie Minimum auf 800 Mk. festzusetzen,

gegen die Freilassung der Einkommen von 650 Mk. und weniger,

gegen die getrennte Veranlagung des Einkommens von Mann und Frau in den unteren Schichten bei der Einkommensteuer,

gegen die Abschaffung der Wohnsteuer,

gegen die Beseitigung der Verbrauchsabgaben (Zölle).

Das Zentrum ließ den Antrag, bei einem Einkommen von 100 000 Mark 6 Prozent zu erheben, fallen und legte eine rührende Färbung für Millionäre an den Tag.

Unter Führung des Zentrums hat das Zentrum mit Unterstützung aller übrigen bürgerlichen Parteien bei der Schaffung des Einkommensteuergesetzes das Budgetrecht der zweiten Kammer durchbrochen.

Das Zentrum bekämpfte den sozialdemokratischen Vorschlag, die Abstriche an den Grundsteuern so vorzunehmen, daß die kleinen Bauern die größten, die mittleren kleiner, die großen Grundbesitzer die kleinsten Steuerermäßigungen haben sollten.

Bezüglich des Arbeiterrechts stimmte das Zentrum

gegen einen strafrechtlichen Schutz des Koalitionsrechts, obwohl seine Führer auf Kongressen diese Forderung selbst erhoben haben,

gegen die Errichtung von Arbeiterkammern; bei der Beratung des Submissionswesens

gegen den Neunjahrentag.

Für Staatsarbeiter stimmte das Zentrum

gegen die Abschaffung der Akkordarbeit,

gegen den Neunjahrentag in den Staatsverdiensten,

gegen die sofortige Gewährung einer Teuerungszulage an die Unterbeamten und Staatsarbeiter.

Für Konsumvereinsgesetzgebung stimmte das Zentrum

gegen den Antrag der Sozialdemokratie, den Konsumvereinen ebenso wie anderen Verkaufs- und Produktionsvereinen, Vorverkauf- und Kreditvereinen Steuerbefreiungen zu gewähren.

Bei der Gemeindegesetzgebung stimmte das Zentrum

gegen die Unterstellung der Ortspolizei unter den Gemeinderat,

gegen die Einwohnergemeinde,

gegen ein ausreichendes Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden,

gegen die Sonntagswahl bei Gemeindevahlen,

gegen die Gewährung von Stützen an die Mitglieder der Bürgerausschüsse,

gegen die Rückwirkung der Abschaffung der Lebenslanglichkeit auf die im Amt befindlichen Schultheißen,

gegen die Herabsetzung der Bürgerrechtsgebühr auf 2 Mark ständigen 7 Zentrumsmitglieder.

Zum Volksschulgesetz stimmten das Zentrum im

Landtag

gegen die Raumlehre als selbständiges Fach,

gegen die Einführung des obligatorischen Zeichenunterrichts in der Volksschule,

gegen die Einführung einer Gesetzkunde,

gegen das obligatorische Mädchenturnen,

gegen eine wirksame Verminderung der Schülerklassen in den Volksschulklassen,

gegen eine ausreichende Verbesserung der Gehaltsbezüge der Volksschullehrer.

Das Zentrum trägt die Schuld, daß nicht ein einheitliches

## Reichs-Berggesetz

geschaffen wurde, gemeinsam mit der Sozialdemokratie, welche die Hand dazu bot, hätte das Zentrum die

## verhunzte Berggesetznovelle

des preussischen Dreiklassenparlamentes (preussischer Landtag) durch ein Reichsberggesetz aus der Welt schaffen können, wie es schon der Sozialdemokrat Hermann Sacke am 2. Dez. 1904 im Reichstag begründete.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte folgende Resolution:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsminister zu ersuchen, dem Reichstag baldigst den Entwurf eines Reichs-Berggesetzes vorzulegen, durch welches insbesondere vorgeschrieben wird:

1. Einführung einer täglichen regelmäßigen Schichtzeit von längstens acht und in Vertrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden,
2. obligatorische Teilnahme an der Uebervachung der für die Betriebe erlassenen Schutzvorrichtungen durch Arbeiter, die von den Belegschaften in allgemeiner gleicher und gleicher Wahl gewählt sind,
3. Verbot der Frauennarbeit in den der Berginspektion unterstellten Betrieben,
4. einheitliche Regelung des Knappschaftswesens.“

Die Interessen der obersteilischen Zentrumsgesellen à la Polakowen liegen es nicht an. Das Reichs-Berggesetz hätte dann ja auch für Obersteilischen Gültigkeit bekommen, es wäre dann wohl auch die Frauennarbeit auf den Gruben (in Obersteilischen arbeiten noch Frauen auf denselben) verboten worden. Es waren in industriellen Anlagen in Obersteilischen beschäftigt

|                                         | 3. Quartal 1906 | Arbeiter | Arbeiterinnen |
|-----------------------------------------|-----------------|----------|---------------|
| In Steinkohlengruben . . . . .          | 87448           | 4933     |               |
| „ Eisenerzgruben . . . . .              | 741             | 658      |               |
| „ Zink- und Bleierzgruben . . . . .     | 9953            | 3024     |               |
| „ Koks- und Lindergruben . . . . .      | 3054            | 463      |               |
| „ Breitenfabriken . . . . .             | 167             | —        |               |
| „ An Hochöfen . . . . .                 | 4065            | 767      |               |
| In Eisen- und Stahlgießereien . . . . . | 3036            | 40       |               |
| „ Walzwerksbetrieben . . . . .          | 18211           | 720      |               |
| „ Zinkblechfabriken . . . . .           | 1928            | 293      |               |
| Bei Hüttenverhüttung . . . . .          | 6785            | 1277     |               |
| In Hüttenwalzwerken . . . . .           | 957             | 9        |               |
| „ Blei- und Zinnbetrieben . . . . .     | 884             | 13       |               |
|                                         | 137412          | 12197    |               |

Das ist die Sozialpolitik der Zentrumskohlen- und Schlottmänner, die wir in nachstehender Lohnfeststellung noch näher beleuchten wollen:

|                                                                                                                                                                                                                                                                                         | 3. Quartal 1906 | Im Jahresmittel 1905 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|----------------------|
| Für unterirdisch beschäftigte eigentliche Bergarbeiter . . . . .                                                                                                                                                                                                                        | 3,59            | 3,50                 |
| „ sonst. unterirdisch Beschäftigte . . . . .                                                                                                                                                                                                                                            | 3,38            | 3,22                 |
| „ über Tage beschäftigte erwachsene männliche Arbeiter . . . . .                                                                                                                                                                                                                        | 2,27            | 2,70                 |
| „ jugendliche männliche Arbeiter . . . . .                                                                                                                                                                                                                                              | 1,05            | 1,01                 |
| „ Arbeiterinnen . . . . .                                                                                                                                                                                                                                                               | 1,16            | 1,13                 |
| Diese Löhne verstehen sich für die 11—12stündige tägliche Arbeitszeit.                                                                                                                                                                                                                  |                 |                      |
| Eine Angabe der Unfallversicherung befähigt auch die elenden Lohnverhältnisse der obersteilischen Gütenarbeiter. Es betrug der Jahresduchschnittslohn im Jahre 1905 für die Beschäftigten der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Bergwerks-Gesellschaft . . . . . 1413,— Mk. |                 |                      |
| im obersteilischen Kohlenbergbau . . . . . 867,—                                                                                                                                                                                                                                        |                 |                      |
| in der Schleichischen Eisen- und Stahl-Bergwerks-Gesellschaft . . . . . 859,69                                                                                                                                                                                                          |                 |                      |

In den für den Kapitalismus

## gesegneten Zentrumsgesellen

ist heute der Lohn für die Eisen- und Stahlarbeiter um 10 Mk. niedriger als im Jahre 1900. Damals wurde noch ein Jahreslohn 877 Mk. erzielt, heute dagegen nur noch von 867 Mk. Dafür haben die Arbeiter einen anderen Vorteil; seit 1889 ist die Unfallgiffer um rund 160 Prozent gestiegen.

Mehr Arbeit, weniger Lohn, erhöhte Kranken- und Unfallgiffer: das ist ein Kulturbildchen aus dem Herrschaftsbereich innerer Leute, die als Vertreter des katholischen Christentums in demagogischer Weise das Volk betrügen. So sehen die Lebensglücksel des Zentrums in ihrer wahren Gestalt aus, die allen Gesellschaftsklassen Hilfe versprechen und

auf der Arbeiter Haut Niemen schneiden.

Der vom Zentrum so viel gepriesene **Bischof Kettler**, der die sozialpolitische Arbeit in der Gegend eingeleitet haben soll, nach den Darstellungen der Zentrumsmagazine, gibt selbst zu, von dem bekannten derzeitigen sozialdemokratischen Führer **Ferdinand Dörmann** viel gelernt zu haben. **Wörtlich schrieb Bischof Kettler als ehrlicher Mann:**

„Die Partei, deren Hauptvertreter **Fassalle** ist, hat das **unverkäufliche Verdienst**, die Lage des Arbeiterstandes mit unerbittlicher Schärfe aufgedeckt zu haben.“

Nach diesem katholischen Kronzeugen wird auch jeder Arbeiter begreifen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen die verschiedensten sozialpolitischen und anderen Gesetze nur deshalb stimmte und auch deshalb stimmen mußte, weil diese Gesetze den unteren Volksklassen zum Nachteil waren. Sein Zeugnis macht doch ein Geizhals noch nicht arbeiterfeindlich, wenn

**sein Inhalt rückständig bis zum äußersten** ist. Ueber die Moralbegriffe der Zentrumseparaten haben die Führer bei der Reichstagswahl im Jahre 1905 ja einen guten Begriff bekommen durch den Artikel von den

#### reichen Sozialdemokraten.

der am Wahltag erschien, als eine Widerlegung nicht mehr möglich war. Dieser Artikel war von Anfang bis Ende

#### wissenschaftlich erdichtet und erfunden,

insbesondere in seinen Behauptungen über die reichen sozialdemokratischen Zeitungsbetriebe. Alle unsere Zeitungsberichte sind Parteieigentum, während die Zentrumsbetriebe fast ausnahmslos Privateigentum sind. Die „**Offener Volkszeitung**“ bringt ihren Besitzern, den Familien Froebel und Koenen,

#### jährlich mindestens 20 000 M. Reingewinn.

Herr Busch, Geschäftsführer und Mitinhaber, wohnt in einer herrlich gelegenen

#### Villa am Bahnhof Kellinghausen

mit großer Parkanlage. Die übrigen Teilhaber der „Offener Volkszeitung“ leben als **Dividendenklauer** herrlich und in Freuden, das sind unlesbare Tatsachen. Vielleicht begriffte recht auch mancher katholischer Mann, weshalb er bei Strafe für sein Zeilenheil keine andere Zeitung als das allmächtige Zentrumblatt „Offener Volkszeitung“ oder den „**Volksfreund**“, der in der gleichen Druckerei hergestellt wird und dessen Teilhaber Herr Busch ist, lesen soll.

Die gewissenlosen Zentrumsdiktatoren haben im letzten Stadium des Wahlkampfes auch behauptet, daß

#### 20 000 Mark Streikgelber

vom Vergarbeiterstreik nach Kurland an die dortigen Revolutionäre geschickt seien, während hier die streikenden Vergarbeiter Not gelitten hätten. Wie liegt nun die Sache?

Der Hauptfahrender der sozialdemokratischen Partei, **A. Gerisch**, Berlin fandte auf ihren Vorschlag den russischen Freiheitskämpfern auf Veranlassung des Parteivorstandes den Betrag von 20 000 Mark aus der Parteikasse,

#### nachdem der Streik längst beendet war,

und der Vorstand des Vergarbeiterverbandes erklärt hatte, daß er Beihilfe zu Streik resp. Genüßregelnunterstützung nicht mehr brauche. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei öffentlichen Sammlungen immer noch nachträglich Gelder einlaufen, wenn der Zweck der Sammlung erfüllt ist. Daß der sozialdemokratische Parteivorstand sofort bei Ausbruch des Streiks

#### 25 000 Mark der Siebenerkommission überwiesen hat

und keine andere politische Partei aus ihrer Parteikasse auch nur einen Pfennig gegeben hat, daß der

#### Zentrumsdiktatorerei

nicht. Der Vorstand des alten Vergarbeiterverbandes hat die Sache gerichtlich klären lassen und hat den Geschäftsführer der „**Off. Volksztg.**“ deshalb wegen Beleidigung verklagt.

Darum gebt eure Stimme am 25. Januar nur unsern Kandidaten

## Redakteur Wilhelm Gewehr

dem schlichten Mann aus dem Volke, dessen über 20 Jahre lange Tätigkeit im Dienste des arbeitenden Volkes Gewähr bietet für die Verfechtung einer ehrlichen Interessenvertretung des werktätigen Volkes.

### Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

In 8 großen Wählerversammlungen wird über die hohe Bedeutung der diesmaligen Reichstagswahl referiert

#### Offen-Süd:

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Jung, Kellinghauserstraße 88.

#### Offen-Nord:

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Heint. Bais, Beifingstr. 15.

#### Offen-West:

vormittags 11 Uhr im großen Saale des Herrn Post, Altendorferstr. 318.

#### Caternberg:

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Bürger, Kastanienstraße.

#### Stoppenberg:

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Klostermann, Eneftinenstr.-Ecke.

#### Heisingen:

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Bündgen in Heisingen.

#### Berge-Vorbeck:

nachmittags 5 Uhr im Saale des Herrn Voortmann, Gochstraße.

#### Kettwig:

abends 6 Uhr im Saale des Herrn Dief, Kettwig (vor der Brücke).

Als Redner sind vorgesehen: Reichstagskandidat **Wilh. Gewehr**, Arbeitersekretär **Heinr. Limbertz**, Gewerkschaftssekretär **Franz Gemoll**, Schriftstellerin **Frau W. Köhler**, Arbeitersekretär **Emil Becker**, Gewerkschaftssekretär **Theod. Wagner**, Parteisekretär **Rud. Bühler**, Gewerkschaftssekretär **Josef Lübbing**, Berichterstatter **Wilh. Beyer**.

Verantwortlich: Herausgeber: **Wilh. Ostamp**, Offen. — Druck von **H. Gerisch**, Dortmund.

Wie dieser tapfere Zentrumskämpfer knist, dafür diene die Gerichtsverhandlung zum Beweis, die wir hier in dem entscheidenden Teile wiedergeben:

**Rechtsanwalt Bell** (Vertreter des Angeklagten Hansamer): Wir behaupten, daß die sozialdemokratische Partei 20 000 Mark, die eigentlich den Vergleuten gehörten, nach Kurland geschickt habe. Nicht als Verbandsmitglieder, sondern als Parteileute können die Kläger in der Sache in Frage kommen.

**Rechtsanwalt Riemer**: Da hierin auch ein Vorwurf gegen **Sachse** und **Hansmann** liegt, beantrage ich, den Parteikassierer **Gerisch** als Zeugen zu laden. Er wird bekunden, daß auch nicht ein Pfennig Geld, welches die Spender für die Vergleute be-  
nimmt hatten, nach Kurland geschickt ist!

**Rechtsanwalt Bell** und **Hansamer**: Wir bitten, den Parteikassierer **Gerisch** nicht zu laden. **Gerisch** hat mit der Klage nichts zu tun.

**Sachse**: Sie machen uns den Vorwurf, wir hätten „**Gewerkschaftsgeld geraubt**“ oder doch als Sozialdemokraten den „**Kraub**“ geduldet, und nun wir Ihnen Gelegen-  
heit bieten, die ganze Sache aufzuklären, prote-  
stieren Sie gegen die Aufklärung! Das ist sehr merkwürdig.

**Rechtsanwalt Riemer**: Ich muß meinen Antrag aufrecht erhalten, denn Herr **Hansamer** hat tatsächlich be-  
hauptet, die 20 000 Mark seien den Vergleuten von den So-  
zialdemokraten „geraubt“, und zwar unter Mitwissen oder  
Duldung der sozialdemokratischen Verbands-Vorstandsmit-  
glieder.

**Rechtsanwalt Bell**: Wir beantragen, Herrn **Gerisch** nicht zu laden.

Die Richter ziehen sich ein paar Minuten zurück und ver-  
sünden dann: „**Das Gericht hat die Ladung Gerischs**  
**abgelehnt.**“

Als Offizier in der Siebenerkommission von Hermann  
Sachse wegen des 20 000 Mark Schwunders gestellt wurde,  
drückte er sich ebenfalls an der Darstellung vorbei, trotzdem  
Offizier als Vorsitzender der Siebenerkommission hätte Klarheit  
fordern müssen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, die für  
die streikenden Vergleute

#### rund 2 Millionen Mark

zusammen brachten, lassen sich das Recht nicht nehmen, über die  
verbleibenden Lieberschüsse nach eigenem Ermessen zu entscheiden.  
Die 20 000 Mark waren für die russischen Freiheitskämpfer  
sicher würdiger angebracht, als im Dienste der Volksverdrummung  
durch die Zentrumspartei, die

#### vor Reid placken,

daß ihnen dieses Geld nicht in die Hände gefallen ist, denn sie  
hungern nach Geld.

#### wie die hungrigen Wölfe nach Menschen und Tieren.

Die Gezeiten des Zentrums sind so zu-  
genüpf, daß **Mathias Wiese** noch im Februar 1904  
per Zirkular die Beileidung von 2200 Mark für  
Wahlkosten und 142,80 Mark für Flugblätter von  
der Wahl im Jahre 1903 energisch forderte. Wiese spricht in  
dem Zirkular offen von dem Bankrott resp. der mangelhaften  
Organisation der Zentrumspartei.

Auf Grund gemachter Äußerungen durch einen katholischen  
Geistlichen berichteten wir im vorigen Flugblatt von einer  
Verordnung des Zentrumsführers und bisheriger Abgeord-  
neter **Giesberts** für die auf der chemischen Fabrik beschäftigten  
russischen Arbeiter auf Veranstaltung des Zentrumsobers **Wol-  
schmidt**. Herr **Giesberts** befreit nun unsere Mitteilung und  
wir wollen dieselbe deshalb auch nicht aufrecht erhalten. Die  
Enttarnung der Zentrumsdiktatorerei ist aber absolut nicht am Plage,  
denn der katholische Geistliche, der vielleicht nur mit dem  
Einfluß des Herrn **Giesberts** veranlaßt wurde, hat ihm  
dieselbe „**Freundschaftsdienst**“ bewiesen. Wir sind bereit,  
an Gerichtsstelle auch den Namen zu nennen. Wenn  
man den Fall also auflären will von Zentrum-  
seite, so stehen wir zur Verfügung.

Jedenfalls haben wir sofort nach Kenntnis der Sache der-  
öffentlich und Herrn **Giesberts** rechtzeitig Gelegenheit gegeben,  
sich zu äußern, wir verzichten auf die

#### Schlupfräume am Wahltag,

wie die Zentrumsmacher es anlegen.

#### Die Sozialdemokratie kämpft mit reinen Waffen,

sie ist die alleinige ehrliche Interessenvertreterin für die unteren  
Volksklassen, sie

#### protestiert

gegen das persönliche Regiment  
gegen Militarismus, Marinismus und dessen Auswüchse,  
wie Kadavergericht, Soldatenmißhandlungen usw.  
gegen jede indirekte Besteuerung, insbesondere der Nahrungs-  
und Genußmittel, welche die breiten Volksmassen be-  
lasten,  
gegen den Fleischwucher, wie er sich in den jetzigen Grenz-  
verhältnissen zu Gunsten der Großgrundbesitzer und  
zum Schaden des gesamten Volkes bemerkbar macht,  
überhaupt  
gegen Volkunterdrückung und Volksausbeutung in jeder  
Form.

#### Die Sozialdemokratie tritt ein

für Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht  
mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten  
Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes für  
alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahl-  
system; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Re-  
reueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.  
Zweijährige Übergangsperioden. Vornahme der  
Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhe-  
tage. Entschädigung für die gewählten Vertreter.  
Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer  
im Falle der Entmündigung.

für direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des  
Volksrats- und Vervollständigung. Selbstbestimmung  
und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat,  
Provinz und Gemeinde. Wahl der Richter durch  
das Volk, Verantwortlichkeit und Parteipartei derselben.  
Jährliche Steuerbewilligung.

für Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr  
an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über  
Krieg und Frieden durch die Volksversammlung. Schlichtung  
aller internationalen Streitigkeiten auf friedli-  
chem Wege.

für Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungs-  
äußerung und das Recht der Vereinigung und Ver-  
sammlung einschränken oder unterdrücken.

für Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffent-  
lich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem  
Manne benachteiligen.

für stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer  
zur Bekämpfung aller öffentlichen Ausgaben, sowie diese  
durch Steuern zu decken sind. Selbstbestimmung und  
Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des  
Erbszins und nach dem Grade der Verwandtschaft.  
Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen  
wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen  
der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten  
Minderheit opfern.

für eine wirksame nationale und internationale Arbeiter-  
schutzgebung auf folgender Grundlage:

- 1) Festlegung eines höchstens acht Stunden betragenden  
Normal-Arbeitstages.
- 2) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn  
Jahren.
- 3) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industrie-  
zweige, die ihrer Natur nach, aus technischen  
Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohl-  
fahrt Nachtarbeit erfordern.
- 4) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens  
30 Minuten in jeder Woche für jeden Arbeiter.
- 5) Verbot des Truchsystems.

Der vom Zentrum so viel gepriesene **Bischof Kettler**, der die sozialpolitische Aera in der Geheggebung eingeleitet haben soll, nach den Darstellungen der Zentrumdemagogen, gibt selbst zu, von dem bekannten derzeitigen sozialdemokratischen Führer Ferdinand Lassalle viel gelernt zu haben. **Wörtlich schrieb Bischof Kettler als ehrlicher Mann:**

„Die Partei, deren Hauptvertreter Lassalle ist, hat das **unbestreitbare Verdienst**, die Lage des Arbeiterstandes mit unerbittlicher Schärfe aufgedeckt zu haben.“

Nach diesem katholischen Kronzeugen wird auch jeder Arbeiter begreifen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen die verhängnisvollen sozialpolitischen und anderen Gesetze nur deshalb stimmte und auch deshalb stimmen mußte, weil diese Gesetze den unteren Volksklassen zum Nachteil waren. Sein Taufname macht doch ein Gesetz noch nicht arbeiterfreundlich, wenn

**sein Inhalt rückständig bis zum äußersten** ist. Uebrig die Moralbegriffe der Zentrumsklerikale haben die Wähler bei der Reichswahl im Jahre 1905 ja einen guten Begriff bekommen durch den Artikel von den

**reichen Sozialdemokraten,**

der **am Wahltage erschien**, als eine Widerlegung nicht mehr möglich war. Dieser Artikel war von Anfang bis Ende **wissenschaftlich erdichtet und erfunden,**

insbesondere in seinen Behauptungen über die reichen sozialdemokratischen Zeitungsbesitzer. Alle unsere Zeitungsbesitzer sind Parteieigenen, während die Zentrumsklerikale fast ausnahmslos Parteieigenen sind. **Die „Erfener Volkszeitung“** bringt ihren Besitzern, den Familien Froedebeul & Koenen,

**jährlich mindestens 20 000 Mk. Reingewinn.**

Herr Buß, Geschäftsführer und Mitinhaber, wohnt in einer herrlich gelegenen

**Villa am Bahnhof Nellingenhausen**

mit großer Parkanlage. Die übrigen Teilhaber der „Erfener Volkszeitung“ leben als **Widwunderschuler** herrlich und in Frieden, das sind unzugängliche Ländchen. Vielleicht befreit sich auch mancher katholischer Mann, weshalb er bei Strafe für sein **Zeichenheil** keine andere Zeitung als das allmächtige Zentrumblatt „Erfener Volkszeitung“ oder den „Volksfreund“, der in der gleichen Druckerei hergestellt wird und dessen Teilhaber Herr Buß ist, lesen soll.

Die gewissenlosen Zentrumsklerikale haben im letzten Stadium des Wahlkampfes auch behauptet, daß

**20 000 Mark Streifgelber**

vom Bergarbeiterstreik nach Rußland an die dortigen Revolutionäre gelangt seien, während hier die streikenden Bergarbeiter Not gelitten hätten. Wie liegt nun die Sache?

Der Hauptkassierer der sozialdemokratischen Partei, A. Gerlich, Berlin, sandte auf ihren Einfluß den russischen Reichstagskämpfern auf Verlaß des Parteivorstandes den Betrag von 20 000 Mark aus der Parteikasse,

**nachdem der Streik längst beendet war,** und der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erklärt hatte, daß er Beihilfe zu Streik resp. Gewaltsregelungenunterstützung nicht mehr brauche. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei öffentlichen Sammlungen immer noch nachträglich Gelder einsaßen, wenn der Zweck der Sammlung erfüllt ist. Daß der sozialdemokratische Parteivorstand sofort bei Ausbruch des Streiks

**25 000 Mark der Siebenerkommission**

**überwiesen hat** und keine andere politische Partei aus ihrer Parteikasse auch nur einen Pfennig gegeben hat, daß der

**Zentrumskleriker**

nicht. Der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes hat die Sache gerichtlich klariert und hat den Oberstaatsanwalt der „Erf. Volksz.“ die Verleumdung verklagt.

**Darum gebt eure Stimme am 25.**

# Redakteur im Gewehr

dem schlichten Mann aus dem Volke, dessen Tätigkeit im Dienste des arbeitenden Volkes Gewähr bietet für die Verfechtung einer ehrlichen Interessenvertretung des werktätigen Volkes.

**Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!**

**Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.**

**In 8 großen Wählerversammlungen wird über die hohe Bedeutung der diesmaligen Reichstagswahl referiert**

**Offen-Süd:**

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Jung, Nellingenhauserstraße 88.

**Offen-Nord:**

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Heintz, Bais, Beisingstr. 15.

**Offen-West:**

vormittags 11 Uhr im großen Saale des Herrn Post, Altdorferstr. 318.

**Caternberg:**

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Bürger, Raftanienstraße.

**Stoppenberg:**

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Klostermann, Ernestinenstr.-Ecke.

**Heisingen:**

vormittags 11 Uhr im Saale des Herrn Wändgen in Heisingen.

**Berge-Vorbeck:**

nachmittags 5 Uhr im Saale des Herrn Voortmann, Hochstraße.

**Kettwig:**

abends 6 Uhr im Saale des Herrn Roff, Kettwig (vor der Brücke).

Als Redner sind vorgesehen: Reichstagskandidat **Wilh. Gewehr**, Arbeitersekretär **Heinr. Limbertz**, Gewerkschaftssekretär **Franz Gemoll**, Schriftstellerin **Frau W. Köhler**, Arbeitersekretär **Emil Becker**, Gewerkschaftssekretär **Theod. Wagner**, Parteisekretär **Rud. Bühler**, Gewerkschaftssekretär **Josef Lübbring**, Berichterstatter **Wilh. Beyer**.

Verantwortliche Herausgeber: Wilh. Ostamp, Offen. — Druck von W. Gerlich, Witten.

**Wie dieser tapfere Zentrumskämpfer** knist, dafür diene die Gerichtsverhandlung zum Beweis, die wir hier in dem entscheidenden Teile wiedergeben:

Rechtsanwalt Bell (Vertreter des Angeklagten Pantamer): Wir behaupten, daß die sozialdemokratische Partei 20 000 Mark, die eigentlich den Vergleuten gehörten, nach Rußland geschickt habe. Nicht als Verbandsmittel, sondern als Parteileute können die Kläger in der Sache in Frage kommen.

Rechtsanwalt Niemeyer: Da hierin auch ein Vorwurf gegen die Sache und Pantamer liegt, beantrage ich, den Parteikassierer Gerlich als Zeugen zu laden. Er wird bekunden, daß auch nicht ein Pfennig Geld, welches die Spender für die Vergleute bestimmt hatten, nach Rußland geschickt ist!

Rechtsanwalt Bell und Pantamer: Wir bitten, den Parteikassierer Gerlich nicht zu laden. Gerlich hat mit der Klage nichts zu tun.

Sache: Sie machen uns den Vorwurf, wir hätten „Gewerkschaftsgeld“ geraubt oder doch als Sozialdemokraten den „Raub“ geduldet, und nun wir Ihnen Gelegenheit bieten, die ganze Sache aufzuklären, protestieren Sie gegen die Aufklärung! Das ist sehr merkwürdig.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich muß meinen Antrag aufrecht erhalten, denn Herr Pantamer hat tatsächlich behauptet, die 20 000 Mark seien den Vergleuten von den Sozialdemokraten „geraubt“, und zwar unter Mitwissen und Duldung der sozialdemokratischen Verbands-Vorstandsmittglieder.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Niemeyer: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Rechtsanwalt Bell: Ich habe den Herrn Gerlich nicht geladen, weil er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf. Ich habe ihn nur geladen, um zu beweisen, daß er ein Parteikassierer ist und deshalb nicht als Zeuge zugelassen werden darf.

Jedenfalls haben wir sofort nach Kenntnis der Sache veröffentlicht und Herrn Wiesberg rechtzeitig Gelegenheit gegeben, sich zu äußern, wir vergelten auf die

**Schlupfräume am Wahltage,**

wie die Zentrumsmacher es anlegen.

**Die Sozialdemokratie kämpft mit reinen Waffen,**

sie ist die alleinige ehrliche Interessenvertretlerin für die unteren Volksklassen, sie

**protestiert**

gegen das persönliche Regiment

gegen Militarismus, Marinismus und dessen Auswüchse, wie Kadavergehoram, Soldatenmishandlungen usw.

gegen jede indirekte Besteuerung, insbesondere der Nahrungs- und Genussmittel, welche die breiten Volksmassen belasten.

gegen den Fleischwucher wie er sich in den jetzigen Grenzsperrmaßnahmen zu Gunsten der Großgrundbesitzer und zum Schaden des gesamten Volkes bemerkbar macht, überhaupt

gegen Volksunterdrückung und Volksausbeutung in jeder Form.

**Die Sozialdemokratie tritt ein**

für Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht

mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahl-system; und bis zu dessen Einführung gleichzeitige Reumteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter.

Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

für direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Vervorfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wohl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben.

Jährliche Steuerbewilligung.

für Erziehung zur allgemeinen Beschäftigung. Volkswache an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volkserreuerung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiebungsgerichtlichen Wege.

für Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

für Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

für stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Verringerung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbstbeschäftigungspflicht.

Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbsandes und nach dem Grad der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

für eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erfordern.

d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trudels.